



Gemeinde Rohrdorf
Landkreis Calw

Satzung zur Anpassung örtlicher
Satzungen an den Euro (Euro-
Anpassungs-Satzung)

Aufgrund der §§ 4 und 19 der Gemeinde-
ordnung für Baden-Württemberg (GemO),
§§ 2, 5a, 6, 8a, 9, 10, 10a und 11 des
Kommunalabgabengesetzes für Baden-
Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat
der Gemeinde Rohrdorf am 19. Oktober
2001 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Hundesteuersatzung

Die Hundesteuersatzung in der Fassung
vom 30. November 1996, veröffentlicht im
Bürgerblatt Rohrdorf am 4. Dezember
1996 wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

*(1) Die Steuer beträgt im Kalenderjahr für
jeden Hund 54,00 EUR. Beginnt oder
endet die Steuerpflicht im Laufe des
Kalenderjahres, beträgt die Steuer den der
Dauer der Steuerpflicht entsprechenden
Bruchteil der Jahressteuer.*

2. § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

*(2) Hält ein Hundehalter im
Gemeindegebiet mehrere Hunde, so
erhöht sich der nach Abs. 1 geltende
Steuersatz für den zweiten und jeden
weiteren Hund auf 108,00 EUR. Hierbei
bleiben steuerfreie Hunde außer Betracht.*

3. § 11 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

*(6) Bei Verlust einer Hundemarke wird dem Halter
eine Ersatzmarke gegen die Gebühr von 5,00 EUR
ausgehändigt. Dasselbe gilt für den Ersatz einer
unbrauchbar gewordenen Steuermarke; die
unbrauchbar gewordene Steuermarke ist
zurückzugeben. Wird eine in Verlust geratene
Steuermarke wieder aufgefunden, ist diese
wiedergefundene Marke unverzüglich an die
Gemeinde zurückzugeben.*

Artikel 3

Änderung der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung (AbwS)

Die Satzung über die öffentliche Abwasser-
beseitigung (Abwassersatzung) in der Fassung vom
19. März 1982, zuletzt geändert am 29. November
1997, veröffentlicht im Bürgerblatt Rohrdorf am 30.
April 1982 / 03. Dezember 1997 erhält folgende
Fassung:

1. § 19 erhält folgende Fassung:

*Der Abwasserbeitrag setzt sich wie folgt
zusammen:

Teilbeträge	a) je qm Grundstücks- fläche	b) je qm Geschos- sfläche	
1. für den öffentlichen Abwasserkanal ohne Zuleitungssammlung	1,53 EUR	1,69 EUR	
2. für den mechanischen und biologischen Teil sowie für die Schlamm- behandlung des Klär- werks einschließlich Zuleitungssammler und Regenentlastungs- bzw. Regenwasserbehandlungs- anlagen*	1,02 EUR	1,28 EUR	

2. § 27 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

*(1) Die Abwassergebühr beträgt bei Reinigung des
Abwassers durch ein mechanisch-biologisches
Kläranlage je m³ Abwasser 1,82 EUR.*

3. § 27 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

*(2) Die Abwassergebühr (Kanalgebühr) beträgt bei
Abwasser, das nicht durch ein mechanisch-
biologisches Kläranlage gereinigt wird, je m³
Abwasser 0,71 EUR.*

Artikel 4

Änderung der Satzung über die Erhebung von
Verwaltungsgebühren
(Verwaltungsgebührensatzung)

Die Satzung über die Erhebung von Verwaltungs-
gebühren (Verwaltungsgebührensatzung) in der
Fassung vom 17. Januar 1997, veröffentlicht im
Bürgerblatt Rohrdorf am 29. Januar 1997 erhält
folgende Fassung:

1. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

*(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich
nach dem der Satzung beigefügten Gebührenver-
zeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil
der Satzung. Für Amtshandlungen, für die im
Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungs-
gebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen
ist, ist eine Gebühr von 1,50 EUR bis 2500,00 EUR
zu erheben.*

2. § 4 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

*(4) Wird der Antrag auf Vornahme einer
Amtshandlung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum
vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag
ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt,
wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf
Vornahme einer Amtshandlung, mit dessen
sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor
Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen
oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen,
vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je
nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur
Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindest-
gebühr beträgt 1,50 EUR.*

Artikel 5

Änderung der Hauptsatzung

Die Hauptsatzung in der Fassung vom 21. Januar
1994, veröffentlicht im Bürgerblatt Rohrdorf am
02. Februar 1994 erhält folgende Fassung:

1. § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

*Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur
Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht
bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung
handelt:

- 2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem
Haushaltsplan bis zum Betrag von
8000,00 EUR im Einzelfall;
- 2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und
außerplanmäßigen Ausgaben und zur
Verwendung von Deckungsreserven bis zu
1500,00 EUR im Einzelfall;
- 2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung
und sonstige personalrechtliche Ent-
scheidungen von Angestellten der Ver-
waltungsgruppe X bis VII BAT, Aushilfs-
angestellten, Arbeitern, Beamtenanwärtern,
Auszubildenden, Praktikanten und anderen
in Ausbildung stehenden Personen;
- 2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn-
und Gehaltsvorschußen sowie Unter-
stützungen und von Arbeitgeberdarlehen
im Rahmen der Richtlinien;



Änderung des Gebührenverzeichnisses

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung vom 17. Januar 1997,
geändert am 19. Oktober 2001

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr EUR
1	Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung) wegen Unzuständigkeit gebührenfrei	1/10 bis volle Gebühr mindestens 1,50 EUR
2	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	1,50 bis 2500,00 EUR
3	Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständig- keit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vor- geschrieben oder angeordnet ist	1,50 bis 100,00 EUR
4	Auskünfte, insbesondere aus Akten und Büchern, oder Einsichtnahme in solche mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	1,50 bis 50,00 EUR
5	Bauordnungsrecht	
5.1	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bau- vorlagen im Kennntnisgabeverfahren (§ 53 Abs.3 Nr.1 LBO)	50,00 bis 75,00 EUR mindestens 50,00 EUR
7.3	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schrift- stücken mit der Urschrift, je Seite	0,50 EUR bis 2,50 EUR mindestens 1,50 EUR
7.4	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 19) hinzu	
8	Bescheinigungen	
8.1	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen), soweit nichts anderes bestimmt ist	1,50 EUR bis 50,00 EUR
8.2	Die Ausstellung von Negativzeug- nissen gemäß § 28 Abs.1 BauGB bis zu einem Vertragswert von 2500,00 EUR bei einem Vertragswert über 2500,00 EUR	10,00 EUR 20,00 EUR
8.3	Gebührenfrei sind	
8.3.1	Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts (z.B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen)	
9	Bestattungsrecht	
9.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)	2,50 EUR bis 25,00 EUR

5.2	Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO sowie für jede weitere zusätzliche Amtshandlung	mind. 75,00 EUR jeweils 25,00 EUR
5.3	Benachrichtigung der Angrenzer im Kennntisgabeverfahren (§ 55 LBO), je zu benachrichtigenden Angrenzer	5,00 EUR mindestens 25,00 EUR
	Darüber hinaus werden Aufwen- dungen, die das übliche Maß erheb- lich übersteigen (z.B. formelle Zustellung bei Angrenzern) gesondert berechnet.	
6	Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	2,50 EUR bis 500,00 EUR
7	Beglaubigungen, Bestätigungen	
7.1	Amtliche Beglaubigungen von Unter- schriften, Handzeichen und Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleich- zeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erho- benen Gebühr zu Ansatz	1,50 EUR bis 130,00 EUR mindestens 1,50 EUR
7.2	Amtliche Beglaubigung der Überein- stimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Foto- kopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift, je Seite	0,50 EUR bis 5,00 EUR mindestens 1,50 EUR
9.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr.2 Bestattungsverordnung)	2,50 EUR bis 15,00 EUR
10	Feiertagsrecht	
10.1	Befreiung von verbotenen Tätig- keiten während des Hauptgottes- dienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	10,00 EUR bis 50,00 EUR
10.2	Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	
10.2.1	pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 bis 24.00 Uhr verboten sind	25,00 EUR bis 100,00 EUR
10.2.2	pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind	50,00 EUR bis 200,00 EUR
11	Fundsachen Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
11.1	bei Sachen bis zu 500,00 EUR Wert	2% des Werts mindestens jedoch 1,50 EUR
11.2	bei Sachen über 500,00 EUR Wert	2% von 500,00 EUR und 1% des Mehrwertes
12	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zu- lassungen, Konzessionen, Bewilli- gungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	2,50 EUR bis 500,00 EUR
13	Gutachten (Augenscheine) nach dem Wert des Gegenstands mindestens jedoch je angefangener halber Stunde der Inanspruchnahme	1 bis 5% 12,50 EUR



14	Geschäftsstelle des Gutachterausschusses		16.2.3	Datenübermittlungen an den Süddeutschen Rundfunk und an den Südwestfunk bzw. an die Gebühreneinzugszentrale (GEZ)	0,15 EUR
14.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	2,50 EUR bis 50,00 EUR		pro übermittelten Datensatz	
14.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	2,50 EUR bis 25,00 EUR	16.3	gestrichen	
15	Amtshandlungen im Kirchengangverfahren, je Person	5,00 EUR bis 50,00 EUR	16.4	Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzliche Meldebestätigung und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde, je Bescheinigung	5,00 EUR
16.	Melderecht			Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr um die Hälfte	
16.1	Auskünfte aus dem Melderegister		16.5	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	2,50 EUR bis 500,00 EUR
16.1.1	einfache Auskunft (§ 32 Abs.1 Meldegesetz - MG)	5,00 EUR	16.6	Gebührenfrei sind	
16.1.2	erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG)	10,00 EUR	16.6.1	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung,	
16.1.3	Gruppenauskunft (§ 32 Abs.3, § 34 Abs.1, 2 und 3 MG)	2,50 EUR	16.6.2	die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG),	
16.1.4	Gruppenauskunft nach Nr. 16.1.3, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	15,00 EUR bis 2500,00 EUR	16.6.3	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 13 MG)	
16.2	Datenübermittlungen		17	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch in Wahl-anfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)	
16.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 29 MG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften (§ 30 MG)	1,50 EUR			
	für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt		17.1	wenn die Rechtsbehelfe im wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	5,00 EUR bis 250,00 EUR
16.2.2	Datenübermittlung nach Nr. 16.2.1, die mit der Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurde	10,00 EUR bis 2500,00 EUR			
17.2	bei Rücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen (§ 4 Abs.4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 17.1 mindestens 1,50 EUR	19.2.1	bei einem Format bis zu DIN A 4 für die erste Seite	0,50 EUR
				für jede weitere Seite	0,50 EUR
18	Sammlungswesen Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz	10,00 EUR bis 200,00 EUR	19.2.2	bei einem größeren Format für die erste Seite	1,00 EUR
				für jede weitere Seite	1,00 EUR
19	Schreibgebühren		19.3	Vervielfältigungen auf mechanischem Wege, je nach Umfang, Schwierigkeit und Aufwand, je Seite	0,25 EUR bis 2,50 EUR
19.1	Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangener Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)		20	Straßenrechtliche Sondernutzung Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	10,00 EUR bis 250,00 EUR
19.1.1	für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefaßt sind	5,00 EUR	21	Zurücknahme eines Antrags (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr mindestens 1,50 EUR
19.1.2	für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefaßt sind	10,00 EUR			
19.1.3	für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde	6,50 EUR			
19.2	Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben				

Rohrdorf, den 19. Oktober 2001


 Flik
 Bürgermeister

